



Militärdienstzeitung

Enztalbote Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.30 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Adressat: Nr. 20 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg, Postfach 111, Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank G. & Co., Wildbad; Württembergischer Bankverein, Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Bezugspreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 50 Pf. Nachzahlung nach Text. Für Offerten und bei Anstufung der Zeilen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Inhalt der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückschuldung weg. — Druck: Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 123

Februar 479

Dienstag den 30. Mai 1933

Februar 479

68. Jahrgang.

Die Volkstagswahl in Danzig

Danzig, 29. Mai. Bei der gestrigen Wahl zum Danziger Volkstag wurden 214 550 gültige Stimmen abgegeben, weitere 1153 waren ungültig. Wahlberechtigt waren 233 798. Die Wahlbeteiligung betrug 92,3 v. H. 1991 Wahlscheine wurden ausgegeben.

Auf die einzelnen Parteien entfielen Stimmen:

Partei	Stimmen	Wahlberechtigte	Wahlanteile
NSDAP.	107 335	(32 457)	38 (12)
Deutschnationale Front	13 595	(25 938)	4 (10)
Zentrum	31 339	(30 230)	10 (11)
Jungdeutsche Hausbewohner	1 698	(6 708)	3 (2)
Polen	978	(—)	0 (0)
Sozialdemokraten	6 738	(6 377)	2 (2)
Kommunisten	38 103	(49 965)	13 (19)
Uebrige Mittelparteien	14 766	(20 194)	5 (7)
Uebrige Mittelparteien	—	(26 002)	— (8)

Das Gesamtergebnis von Danzig Stadt lautet:

NSDAP.	63 336	(21 986)
Sozialdemokraten	28 293	(32 508)
Kommunisten	9 109	(11 421)
Zentrum	19 755	(19 708)
Deutschnationale Front	9 457	(14 680)
Hausbewohner	772	(—)
Jungdeutsche Bewegung	324	(1 210)
Polen	3 044	(4 465)
Dr. Moczynski (Poln.)	1 740	(—)
Uebrige Mittelparteien	—	(19 185)

Wahlanteile fallen nach dem vorläufigen Ergebnis auf NSDAP. 38 (bisher 13), Sozialdemokraten 13 (19), Zentrum 10 (11), Kommunisten 5 (7), Kampffront 4 (10), Polen 2 (2).

Die bisherige Danziger Regierung stützte sich auf eine Koalition von Deutschnationalen, Zentrum und liberale Mitte. Die Regierung Ziemann wird nunmehr ihren Rücktritt erklären und bis zur Wahl des neuen Senats durch den Volkstag nur noch geschäftsführend amtierend. Nach der Danziger Verfassung muß der neue Volkstag innerhalb von 30 Tagen einberufen werden. Die Nationalsozialisten sind, da sie über die absolute Mehrheit verfügen, in der Lage, die neue Regierung ohne Mitwirkung anderer Parteien zu bilden. Für ein verfassungsgemäßes Ermächtigungsgesetz, das von der NSDAP. beabsichtigt ist, wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, über die die NSDAP. allein nicht verfügt. Die NSDAP. wird also mit dem Zentrum und den Deutschnationalen Verhandlungen aufnehmen.

Die polnische Presse stellt fest, daß der Besiegte in der Wahl der bisherige deutschnationale Senatspräsident Dr. Ziemann sei, der stets eine gegen Polen gerichtete Politik verfolgt habe. Sieger seien die Nationalsozialisten. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß ihr Gauleiter Forster erklärt habe, die nationalsozialistische Regierung werde die bestehenden Verträge mit Polen achten und nachbarlich mit Polen wirtschaftlich zusammenarbeiten.

Rauschning zum Wahlergebnis

Berlin, 29. Mai. Der Vorsitzende des Danziger Landbundes und agrarpolitische Fachberater der NSDAP., Dr. Hermann Rauschning, der als Senatspräsident für Danzig in Aussicht genommen ist, ist heute früh zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. In einer Pressebesprechung führte er aus: Auch für eine neue, nationale Regierung werde es notwendig sein, Verfassung und bestehende Verträge zu erhalten, da sie die Rechtsgrundlage seien, auf Grund deren die Unabhängigkeit der Freien Stadt gewahrt werden könnte. Alle Maßnahmen, die in Deutschland möglich gewesen seien, können nur auf dem Weg der staatlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Judentum und derartige Probleme spielen in Danzig überhaupt keine Rolle, der arische Paragraph komme nicht in Frage. Auch liege keine Veranlassung vor, die Kampfmassnahmen, die in Deutschland vorübergehend durchgeführt werden mußten, in Danzig durchzuführen, da Danzig nicht dem ausländischen Boykott wie Deutschland unterworfen worden sei. Wenn man sich auch an die bestehenden Verträge und die Verfassung absolut halten wolle, so hoffe man doch letzten Endes, eine neue Form für das Gemeinwohl und das Wirtschaftsleben zu finden.

Was das Verhältnis zu Polen anbelange, so stehe er auf dem Standpunkt Adolf Hitlers, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum auch ein Bekenntnis zur Achtung fremden Volkstums in sich berge. Im Ostraum können die Verhältnisse nur gewährleistet werden auf dem Grundlag der Gleichberechtigung und Achtung der beiderseitigen Nationen. Die Nationalsozialisten seien bereit, mit den Polen zu einer Generalvereinbarung sämtlicher schwebenden Fragen zu kommen. Allerdings auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Eine Bereitschaft zum Frieden sei nicht gleich einer Bereitschaft zur Unterwerfung. Die unabhängigen Rechte können auf keinen Fall preisgegeben werden.

Tagespiegel

Der Reichsfinanzminister empfing das Präsidium des Reichsrats des Handels und des Handwerks, sowie eine Abordnung italienischer Landwirte, die sich aus Anlaß der landwirtschaftlichen Ausstellung in Berlin aufhalten.

Reichsminister Dr. Göttsch ist am Montag früh mit dem Schnellzug in Rom eingetroffen. Er wurde vom italienischen König und anschließend von Mussolini empfangen. Nachmittags nahm der Reichsminister an der Rundfahrt des „Graf Zeppelin“ über Rom teil. Abends gab Mussolini zu Ehren des Gastes ein Bankett.

Der Reichstag tritt am 1. Juni zu einer Vollsession zusammen.

In den Räumen der Reichsbank in Berlin haben am Montag unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt die Besprechungen mit den Auslandsgläubigern aus Amerika, England, Frankreich, Schweden, Holland und der Schweiz über den Transfer der deutschen Auslandsschulden (insgesamt 19 1/2 Milliarden Mark) begonnen. Zweck ist, die Auslandsgläubiger über die deutsche Devisenlage (Besitz ausländischer Zahlungsmittel, mit denen diese Schulden zu verzinsen und zu tilgen sind, Transfer) aufzuklären, nachdem sich der Devisenbesitz infolge des Rückgangs des deutschen Außenhandels und des dadurch eingetretenen geringeren Anfalls von Ausfuhrdevisen dauernd verschlechtert hat.

Zum Ministerpräsidenten für Mecklenburg-Schwerin wurde der Landwirt Granow ernannt.

Die Lage der Danziger Wirtschaft sei fast noch schwieriger als die in Deutschland und große Wirtschaftszweige seien einfach nicht mehr zu beleben. Es müsse versucht werden, ein Instrument der Kooperation der einzelnen Wirtschaftskreise zu finden. Zu diesem Zweck soll eine Hauptberufsständekammer geschaffen werden, die als Selbstverwaltungskörper eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen können, die der Staat außen- und innenpolitisch nicht lösen könne. Eine Verwaltungsreform und -vereinfachung könne dadurch vielleicht gesunden werden, daß man staatliche Hoheitsrechte in eine reine Verwaltungskörperschaft, wie sie mit der Ständekammer geplant sei, übertrage. Man werde auch den genialen Gedanken des Führers, das Reichsständekammerprinzip, natürlich in geänderter Form, aufgreifen, indem man staatliche Präzedenzen in diese Hauptwirtschaftskammer hineinschide. Dadurch erübrige sich jeder Eingriff in die wirtschaftlichen Belange von irgendwelcher Seite. Er hoffe, daß die NSDAP. die Schwierigkeiten meistern werde und daß sie die wirtschaftliche Lage und Selbständigkeit Danzigs werde erhalten können.

Mit den Deutschnationalen und Zentrum zusammen können die Nationalsozialisten eine Dreiviertelmehrheit erreichen, die ausreichend sei für alle neuen Maßnahmen. Doch können sich die Nationalsozialisten nicht Bedingungen diktieren lassen, sondern sie müssen ihrerseits verlangen, daß sich die anderen mindestens die Grund- und Leitgedanken des Nationalsozialismus zu eigen machen.

Neue Erfolge — neue Aufgaben

Die Danziger Wahlen sind in einer Ruhe und Ungeörtlichkeit verlaufen, die den Unglückspropheten in Frankreich und England wieder einmal Unrecht gegeben hat. Die nationalsozialistische Bewegung hat in Danzig einen Erfolg errungen, der prozentual noch größer ist als bei den Märzahlen im Reich. Auch die mißgünstigen Kreise des Auslands werden sich daran gewöhnen müssen, daß der Nationalsozialismus in dieser besonders gefährdeten Ecke ebenso wenig wie in anderen Teilen Europas an Handstreich und Abenteuer denkt. Es wird auch künftig vor allem in der Hand Polens liegen, ob die durch den Barfäher Vertrag geschaffenen engen Beziehungen zwischen Polen und Danzig sich als ständige Reibungsflächen oder als Gelegenheiten zur Zusammenarbeit erweisen. Diese Zusammenarbeit wird auf wirtschaftlichem Gebiet um so mehr möglich sein, je mehr alles unterlassen wird, was den normalen Wirtschaftsverkehr beeinträchtigen kann. Eine französische Havasmeldung aus Danzig scheint bereits in diesem Sinn eine vernünftige polnische Auffassung anzudeuten. Um so auffällender ist es, daß ein Teil der englischen Presse die Wahlen immer noch als Gegenstand zur Beunruhigung verwenden zu können glaubt.

Neue Nachrichten

Zur Wahl des Reichsbischofs

ep. Zu der Wahl des Pastors D. v. Bodelschwingh zum Reichsbischof der evangelischen Kirche erfahren wir von zuständiger Seite: Es war nicht beabsichtigt, die Wahl des Reichsbischofs zu vollziehen, ehe die Verfassung fertiggestellt war und Bestimmungen über den Wahlkörper und die Befugnisse des neu zu schaffenden Amtes festgelegt

waren. Organisationen des gewerblichen Mittelstands haben beantragt, daß Großbetrieben des Einzelhandels, insbesondere den Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften verboten werde, die Gutscheine zur Verbilligung der Speisefette für die minderbemittelte Bevölkerung in Zahlung zu nehmen. Ein Erlaß des Reichsarbeitsministeriums wird diesen Wünschen voraussichtlich Rechnung tragen.

Die Bundesführung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds und die Führung des Stahlhelm-Studentenrings „Langemarck“ haben in Düsseldorf Vereinbarungen über kameradschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiete des Wehrsports getroffen.

Der Synodalpräsident D. Dr. Schöffel wurde zum Hamburger Landesbischof gewählt.

„Graf Zeppelin“ ist am Montag um 17.30 Uhr auf dem Militärflughafen von Rom gelandet.

Im Konzerthausaal in Wien wurde am Montag der Kongress der Internationalen Handelskammer in Anwesenheit von etwa 1000 Vertretern aus allen Ländern eröffnet.

Der Effektivauschuss beschloß, daß 39 000 Mann der deutschen Schutzpolizei bei der künftigen Festsetzung der deutschen Effektivstärke angerechnet werden sollen. Der deutsche Vertreter legte gegen diesen Beschluß Vorbehalt ein.

Zwischen Großbritannien und Frankreich soll eine Vereinbarung über den Viermächtepakt zustande gekommen sein.

waren. Dadurch, daß zuerst die sog. juristisch-formatorische Bewegung unter Führung von Dr. Künne den Namen Bodelschwingh in die Öffentlichkeit brachte, im Gegensatz hierzu aber die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Kandidatur Müller ausrief, sah sich das mit großen Vollmachten ausgestattete Dreimännerkollegium Kapler, Marahrens und Hesse veranlaßt, schon am letzten Mittwoch zu erklären, daß es seinerseits den Pastor v. Bodelschwingh in Aussicht genommen habe. Die auf letzten Freitag zu einer Beratung einberufenen Bevollmächtigten der Landeskirchen befanden sich somit in der Lage, sich nur zwischen zwei Persönlichkeiten entscheiden zu müssen, während unter anderen Umständen auch andere hervorragende theologische und kirchliche Führerpersönlichkeiten in Betracht gekommen wären.

Die Verhandlungen, die sich über zwei Tage erstreckten, wurden mit großem Ernst und in verständlichem Geist geführt, zeigten aber, daß in der Stellung der Kirche zu den schwebenden Fragen eine volle Einheitlichkeit noch nicht besteht. Für die Kandidatur Bodelschwingh sprachen sich diejenigen aus, die einen zu starken Druck der staatlichen Faktoren auf die Kirche befürchteten und den Schein einer Aufgabe kirchlicher Selbständigkeit vermeiden wollten. Die Minderheit, unter der sich auch der Bevollmächtigte der württembergischen Landeskirche befand, glaubte das Vertrauen haben zu dürfen, daß es auch der Führung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ nicht um politische Ziele und Erfolge, sondern um die Kirche zu tun sei.

Zustimmung zur Wahl Bodelschwinghs

Berlin, 29. Mai. Wie das VdZ-Büro meldet, hat die Berufung Dr. v. Bodelschwinghs zum Reichsbischof im ganzen Reich wie auch beim evangelischen Auslanddeutschum ein starkes Echo gefunden. Ein Strom von Telegrammen, die stündlich in Berlin und Bethel eingingen, legt davon Zeugnis ab. Jugendverbände, Theologiestudenten, Professoren, Pfarrervereinigungen, Arbeiterverbände, Männerkampfverbände, Synoden usw. bringen darin ihre einstimmige Zustimmung zu dem Beschluß der Kirchenleitung zum Ausdruck und stellen sich hinter den berufenen Führer der deutschen evangelischen Kirchen. Von deutschen Auslandskreisen hat u. a. der Bischof der deutschen evangelischen Kirche in Jugoslawien, Dr. Hopp, ein warm gehaltenes Glückwunschtelegramm geschickt.

Der Reichsbischof Dr. v. Bodelschwingh will bereits morgen Gelegenheit nehmen, sich über seine künftige Tätigkeit und die Neubildung der evangelischen Kirche vor der Öffentlichkeit zu äußern.

Reichsbischof v. Bodelschwingh hat nach Beendigung der zweitägigen Zusammenkunft der Vertreter der Landeskirchen sogleich sein neues Amt übernommen. Er wird nunmehr in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den drei Bevollmächtigten des Kirchenbunds das Reformwerk der Kirche durchführen. Auf Grund der in Loccum vereinbarten Richtlinien wird der Entwurf einer neuen Kirchenverfassung ausgearbeitet. Diese Arbeit soll mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. Am Montag vormittag ließ sich der Reichsbischof die Mitglieder des Kirchenbundesamts vorstellen. Er bat sie um vertrauensvolle Unterstützung bei der Erfüllung der großen Aufgaben, die jetzt auf ihn warten. An manchen Stellen steht ein Wechsel bevor. Oberkonsistorialrat Dr. Scholz hat keine Beurteilung



bung erbeten mit dem Ziele des Ausscheidens aus seinem Amt. Der Reichsbischof sprach ihm für seine langjährigen Dienste wärmsten Dank aus. Auch der geistliche Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrats, Dr. Burghart, hat schon vor einiger Zeit den Antrag auf Beurlaubung gestellt. Unter Leitung des Präsidenten D. Dr. Kapler fand heute eine schlichte Abschlusssitzung für ihn statt. Der Reichsbischof wird zu seiner persönlichen Unterstützung mehrere jüngere Mitarbeiter berufen, die ihren Dienst ehrenamtlich tun, ebenso wie er selbst von der Kirchenbehörde kein Gehalt beziehen, sondern sein Pfarrgehalt wie bisher von der Bethel-Gemeinde zu bekommen wünscht, deren Leitung er behält. Die Ausgaben für das Reformwerk beschränken sich daher auf die Erstattung der tatsächlichen Auslagen für Reisen usw. Da hierfür keine Etatmittel zur Verfügung stehen, hat der Reichsbischof die Bitte ausgesprochen, es möchten ihm aus der Deutschen Christenheit für die Durchführung dieser Aufgabe freiwillige Gaben anvertraut werden.

Volksabstimmung über den Reichsbischof beantragt

Berlin, 29. Mai. Der Reichsleiter der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Pfarrer Hoffenfelder, hat an das Kirchbundesamt ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Nach der in Voccum von den drei Bevollmächtigten der deutschen evangelischen Kirchen und dem Bevollmächtigten des Reichstanzlers gemeinsam beschlossenen und unterschriebenen Art des Vorgehens in der Frage des deutschen evangelischen Reichsbischofs muß der Inhalt der Uebereinkunft der Vertreter der Kirchenregierung die Zustimmung des Kirchenvolkes haben. Wir beantragen hierdurch in aller Form, daß diese Zustimmung des Kirchenvolkes am 31. Oktober dieses Jahres herbeigeführt wird.“ Wie der Evangelische Pressedienst meldet, wird hierzu von zuständiger kirchlicher Seite erklärt, daß man sich in den Voccum Verhandlungen darüber einig gewesen sei, daß die Einigung über die Person des künftigen Reichsbischofs lediglich bei dem Dreimännerkollegium und bei den landeskirchlichen Bevollmächtigten erfolgen muß.

Müller gegen Bodelschwingh

Berlin, 29. Mai. In einer Rundfunkrede führte Wehrkreispfarrer Müller, der Vertrauensmann des Reichstanzlers, gegen die Wahl des Pfarrers Dr. Friedrich von Bodelschwingh aus: Diese Wahl entspreche nicht den Erwartungen eines großen Teils der evangelischen Bevölkerung. Sie sei von denjenigen kirchlichen Stellen durchgeführt worden, die mit der eigentlichen Erneuerung im protestantischen Kirchenleben nicht so eng verbunden seien, wie die Anhänger der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Der Reichsbischof müsse ein Mann sein, dessen Name in diesen kämpfenden Scharen einen guten Klang habe. Die Deutschen Christen weigern sich, die Entscheidung der Kirchenregierungen anzunehmen.

Die Leitung der Deutschen Christen hält ihre Forderung aufrecht, daß Wehrkreispfarrer Müller zum Reichsbischof ernannt werde.

Missionsinspektor D. Weichert, der der Reichsleitung der Deutschen Christen angehört und deren Verbindungsmann zu den Kirchenregierungen war, ist aus der Reichsleitung ausgetreten.

Stiftung für Opfer der Arbeit

Berlin, 29. Mai. Nach dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers der Stiftung für Opfer der Arbeit werden die bis jetzt eingegangenen Spenden demnächst die erste Million erreichen. Als erste Bewilligung wurde der von dem Reichstanzler für die Hinterbliebenen auf der Zeche „Matthias Stinnes“ am Vortage des „Tages der nationalen Arbeit“ zu Tod gekommenen Bergleute gestiftete Betrag von 2000 Mark verteilt.

Einige Gesuche um Unterstützung aus der Stiftung sind eingereicht: An die Geschäftsstelle der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ Berlin W. 8, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Wilhelmplatz 8.

In der Sitzung konnte Dr. Thypsen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Industrie des Steinkohlen- und Braunkohlenbergbaus und die eisenschaffende Industrie des Ruhrgebiets zusammen ein Kapital von 2 Millionen Mark für die Stiftung zur Verfügung gestellt haben. Demnach haben die Mittel der Stiftung jetzt bereits den Betrag von rund 3 Millionen Mark erreicht.

Neue Zerstörung des Ruhrgebiets

durch die Franzosen?

London, 29. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Sunday Express“ teilt mit, die französische Regierung habe eingehende Pläne zur sofortigen Befehung der Ruhr und Zerstörung von dort gelegenen Fabriken für den Fall fertiggestellt, daß Sanktionen gegen Deutschland zu Anwendung gebracht werden sollten. Die Pläne seien bereits vor etwa fünf Monaten ausgearbeitet gewesen. Die Franzosen seien in dem Augenblick, als Hitler seine versöhnliche Rede im Reichstag gehalten und versprochen habe, von einer Wiederaufrüstung während der nächsten fünf Jahre Abstand zu nehmen, im Begriff gewesen, diesen Plan zur Durchführung zu bringen. Französische Offiziere haben bereits genaue Anweisungen für die Zerstörung von Fabriken und Maschinen erhalten, um auf ein Menschenalter hinaus jede industrielle Arbeit im Ruhrgebiet unmöglich zu machen. Diese Anweisungen seien noch nicht aufgehoben, sondern können jederzeit, wenn Frankreich den Augenblick für angebracht halte, angewandt werden.

Ueber Englands Einstellung zu diesem Plan verlautet aus derselben Quelle, daß die englische Regierung keine legalen Handhaben dagegen hätte, aber versuche, Frankreich zu überreden, von diesen Zerstörungsmaßnahmen Abstand zu nehmen.

Von Paris wird dieser angebliche Plan ohne Zweifel abgelehnt werden, aber unmöglich ist sein Bestehen keineswegs. Um die „heiligen Verträge“, Böhmerland usw. würden die Franzosen sich natürlich keinen Deut kümmern, wenn sie derartiges gegen Deutschland ausführen wollten. Wer wollte sie auch daran hindern? England würde ja „ab-raten“ und Amerika ist nur gegen Unternehmungen mit dem Zweck gewaltsamen Gebietserwerbs. Mag die Sache sein, wie sie wolle, die Meldung, die jedenfalls kein reines Phantasiegebilde ist, zeigt wiederum, wie gefährlich gespannt die außenpolitische Lage ist und wie ein kleiner Funke einen großen Brand entzünden könnte. Um so mehr, als Frankreich auf der Abrüstungskonferenz in Paris doch gar sehr in die Enge getrieben ist — was allerdings noch keineswegs bedeutet, daß es dort trotzdem nicht Sieger bleiben könnte.

Papen über die Freiheit im antiliberalen Staat

Bonn, 29. Mai. Vizekanzler von Papen, dessen bedeutsame Rede über das Deutschland in Europa auf der Burg noch in feierlicher Erinnerung ist, hat im Bonner Beethoensaal neben dieser außenpolitischen Zielsetzung der deutschen Revolution eine innenpolitische gestellt, die sich mit dem brennendsten staatsphilosophischen Problem der Gegenwart, der Freiheit, auseinandersetzt. Die Freiheit, sagte der Vizekanzler, ist dem deutschen Volk so gefährlich geworden, weil die überdemokratische Verfassung von Weimar keine Zusammenfassung der staatlichen Kräfte von oben, keine Gegenwirkung gegen die von unten kommende Zersplitterung ermöglichte. Die schlimmste Gefahr der Demokratie ist das Vorhandensein der politisierten Masse, in deren Hände das Schicksal des Staates gelegt wird. Zwar ist es den Nationalsozialisten gelungen, die Massen für den Staat zu gewinnen, aber es wäre geradezu ein Verbrechen, die Zukunft nochmals dem Spiel der freien Kräfte zu überlassen. Die Gefahr der Demokratie wird am besten gebannt durch die Loslösung der Wahl vom Partei- und Propagandaapparat. Im antiliberalen Staat wird gemäß nach Ansehen, Qualität und bindender Führerkraft der bodenständigen Persönlichkeit. Die Freiheit des Wortes ist nur einzuschränken, wenn sie den inneren Frieden oder die neuen verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates bedroht.

Die beste Lösung des Freiheitsproblems im antiliberalen Staat beruht auf der religiösen Wiedergeburt, auf der Durchdringung unserer kollektiven Welt mit personalem Geist. Hier liegt die christliche Aufgabe der deutschen Revolution und die Lösung des Freiheitsproblems.

Göbbels führt den Fremdenverkehr

Berlin, 29. Mai. Die Führung im deutschen Fremdenverkehr hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, übernommen. Der bisherige Hauptauschuss wird in einen Reichsauswahlschuss für Fremdenverkehr umgewandelt unter Vorsitz des Reichsministers. Zur Geschäftsleitung wird der Reichsminister einen Arbeitsauschuss bestellen. Der Reichsauswahlschuss wird die Zusammenfassung und Leitung der Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs im In- und Ausland übernehmen.

leidend — was aus seiner jungen Frau, löschte die schwache Flamme seines Lebens aus? Schwer war es, hier zu helfen.

Das Automobil, das die angemeldeten Gäste vom Bahnhof nach dem Berg-Sanatorium befördern sollte, war kaum vor dem Portal vorgefahren, als Steinherr den Schlag aufriß und an dem bestürzt herzuwühlenden Portier vorüber die Treppe nach dem zweiten Stock hinaufeilte, ohne auf den Riß zu warten. Am Ende des langen Flures lagen die beiden Zimmer des Ehepaars. Als er sich ihnen näherte, slog die Tür auf; der Krankenpfleger kam ihm rasch entgegen.

„Wir hörten das Auto ankommen“, flüsterte er, Steinherr Mantel und Hut abnehmend, denn der alte Werner hatte nicht so schnell folgen können, „herr Doktor auch. Er war sehr unruhig — ich möchte Sie erwarten und gleich zu ihm führen, sagte er.“

Ein stumm fragender Blick.
„Es steht schlecht um Herrn Doktor. Wir müssen mit seinem baldigen Ableben rechnen. Herr Professor hat ihm vorhin noch eine Kampferspritze gegeben — es hilft aber nur noch für den Augenblick.“

Steinherr nickte. Seine trübe Ahnung trotzte also nicht. Er gab dem respektvoll wartenden Diener einen Wink. „Haben Sie gehört, Werner? Wir wollen hineingehen!“

Der Krankopf verneigte sich schweigend. Sein glattrasiertes Gesicht zeigte keinerlei Erregung.

Leise traten sie in das Krankenzimmer. Auf den Knien vor dem Bett lag Wera von Vandro, die Wange gegen die Hand des Gatten geschmiegt, der, ein wachobleicher Schatten auf den hochgetürmten Kissen lag, die Augen weit geöffnet und voll gespannter Erwartung auf die Tür gerichtet. Als Magnus Steinherr erschien, slog ein heller Schein über das abgemagerte Gesicht.

„Wie schön...“ Es war kaum verständlich. Er versuchte die freie Hand zu heben; aber schnell hatte Steinherr sie ergriffen und hielt sie behutsam in der seinen.

Korruption

Duisburg, 29. Mai. Bei der Hauptstelle des Christlichen Metallarbeiterverbands sind schwere Verschlingungen festgestellt worden. Die Kassenbücher von 1926 bis 1931 sind verschwunden, die noch vorhandenen sind gefälscht. Bis jetzt steht fest, daß eine halbe Million ins Saargebiet verschoben worden ist.

Kommunalwahlen in Maibach bei Saarlouis

Saarlouis, 29. Mai. In Maibach haben gestern Gemeinderatswahlen stattgefunden. Da vor der Volksabstimmung keine allgemeinen Wahlen mehr stattfinden, dürfte das Ergebnis über den örtlichen Rahmen hinaus Bedeutung haben. Es erhielten: NSDAP. 602 Stimmen, 11 Sitze (1932: 83 Stimmen, 1 Sitz); Zentrum 389 Stimmen, 6 Sitze (576 Stimmen, 10 Sitze); Wirtschaftspartei 102 Stimmen, 1 Sitz (233 Stimmen, 4 Sitze); Sozialistische Arbeiterpartei 74 Stimmen, 1 Sitz (158 Stimmen, 2 Sitze); KPD 58 Stimmen, 1 Sitz (108 Stimmen, 1 Sitz); SPD 62 Stimmen, 1 Sitz (185 Stimmen, 4 Sitze). Die NSDAP., die bisher nur 1 Sitz im Gemeinderat innehatte, verfügt nunmehr mit 11 von 21 Sitzen über die absolute Mehrheit.

Grenzschutztruppe in Oesterreich?

Wien, 29. Mai. Wie das dem Sicherheitsminister Feyn nahestehende Heimwehrorgan, das „Oesterreichische Abendblatt“, erklärt, wird in Regierungskreisen die Aufstellung einer besonderen Grenzschutztruppe für Oesterreich erwogen, wobei in erster Linie an die Heranziehung der staatsstreuen Verbände gedacht sei. Außenpolitische Schwierigkeiten seien nicht zu befürchten, da der Grenzschutz sich im Rahmen der Oesterreich bewilligten Truppenkontingente halten würde.

Bei wiederholten Zusammenstößen zwischen Heimwehr und Nationalsozialisten in Innsbruck am Sonntag gab es 3 Schwere- und etwa 25 Leichtverletzte.

Der Landesleiter der NSDAP. in Oesterreich, Prosch, und der Abgeordnete Schmid wurden bei einer Reise durch das Burgenland sistiert und ausgewiesen.

Württemberg

Gautag der württ. Nationalsozialisten

Stuttgart, 29. Mai. Als Auftakt zum diesjährigen Gautag des Gau Württemberg-Hohenzollern der NSDAP. fand am Samstag nachmittag im dichtbesetzten Konzerthalle der Viederhalle eine Tagung der Kreisleiter, Kreisstadtwalter, Kreisamtsleiter sämtlicher württ. Reichs- und Landtagsabgeordneter statt. Der stellv. Gauleiter Friedrich Schmidt begrüßte die Erschienenen, besonders den Reichsstatthalter W. Murr, ferner Innen- und Justizminister Schmid und Staatsrat Waldmann, Oberbürgermeister Dr. Strölin und Staatskommissar Dreher-Ulm. Staatsrat Waldmann umriß die Stellung der Bewegung und ihrer Amtswalter zu Staat und Regierung. Eine Reinigung des Parteiapparats sei dringend notwendig. Gauleiter Schmidt betonte nachdrücklich, daß das Wesen einer nationalsozialistischen Revolution nicht darin bestehen könne, alles Barhandene zu zerbrechen. Die Machtfrage sei heute gelöst. Es bedürfte deshalb keiner Kommissare und keiner Eingriffe in öffentliche Institutionen mehr. Die wichtigste Aufgabe sei heute, Arbeit zu schaffen. Der Redner verbreitete sich eingehend über die Mißstände und Lächerlichkeit des Gleichschaltungssimmels und betonte, daß hier manches wieder umgeschaltet werden müsse. Auch er betonte die Notwendigkeit, die Partei so rasch wie möglich wieder von saulem Ballast zu befreien. Es werde eine Gau-Amtswalterschule errichtet, der ein überaus großes Aufgabengebiet zugewiesen werde. Zum Schluß sprach der Reichsstatthalter und Gauleiter Wilhelm Murr zu seinen alten Mitkämpfern. Auch er wies darauf hin, daß nun eine ungleich schwerere Aufgabe bevorstehe. Das große Ziel sei, dem ganzen Volk einen einheitlichen nationalen und sozialen Willen einzuhauchern.

Aus Anlaß des Gautags der württ. Nationalsozialisten versammelten sich am Sonntag morgen 8000 Amtswalter in der Stadthalle. Gauleiter Schmidt eröffnete die Tagung. Um zu ermessen, was geleistet worden ist, brauche man nur darauf hinzuweisen, daß der Marxismus restlos geschlagen ist, das württ. Volk in seiner Gesamtheit unter nationalsozialistische Führung gebracht wurde, alle wichtigen Verbände und Organisationen unter nationalsozialistischer Führung zusammengefaßt sind. Gegen die verführten Volksgenossen der früheren politischen Gegner müsse man größte Rücksicht üben. Heute seien schon Millionen von ihnen ehr-

„Grüß dich Gott, lieber Doktor!“ Unbewußt, wie er die Frau beim Namen genannt, gebrauchte er jetzt das vertraute Du der Freundschaft. „Hier habe ich dir noch jemanden mitgebracht, der uns helfen will, dich gesund zu pflegen.“

Er ließ den alten Diener vortreten, der sich zum Handtuch auf die kalten Finger neigte. Und freute sich des abermaligen Ausleuchtens in den blauen Augen. Das hatte er gut gemacht.

Beim Klang der tiefen Männerstimme hob Wera von Vandro das Haupt. Kaum weniger bleich war es als das Antlitz des Kranken. Wie aus Marmor gemeißelt schien das schöne Gesicht mit dem starren Ausdruck halber Geistesabwesenheit. Nur das blonde Haar schimmerte und gleißte in aufreizender Lebendigkeit. Fremd, verständnislos sah sie die beiden Männer neben dem Pfleger an der anderen Seite des Bettes an, ohn sich zum Gruß zu erheben — und ließ den Kopf wieder auf die Kissen sinken, die Hand immer noch in die des Kranken geschmiegt.

Mit unbefreiblicher Liebe umfaßte Georg von Vandro die Gestalt seines jungen Weibes — hob dann den Blick zu dem Freunde. Der verstand die stumme Bitte und neigte sich näher.

„Dir vermache ich mein Liebstes, Magnus Steinherr! Hüte es — das Leben ist — so — hart!“

„Ich trete dein Erbe an, Georg, und werde es ehren und hüten mein Leben lang!“ erwiderte der Mann stark und hatte Mühe, die Erschütterung aus seiner Stimme zu bannen. Tief, lange ruhten ihre Augen ineinander. Dann versuchte Vandro, die Hand seiner Frau in die des Freundes zu legen, und da es ihm nicht gelang, kniete sich Steinherr neben ihn und ergriff die schmale Hand, an der der Goldreif blinkte. Die Frau merkte es nicht. Alle Empfindung für die Umwelt war erstorben.

Fortsetzung folgt.



Der Weg in den neuen Tag

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

57. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ja, Werner, sehr schlecht, wie es scheint. Ich werde sofort hinreisen und“ — einer plötzlichen Eingebung folgend — „Sie begleiten mich! Sofort alles vorbereiten!“ Vielleicht freute sich der kleine Doktor, den Alten zu sehen — falls er noch imstande war, sich zu freuen...

„Sehr wohl, gnädiger Herr, und meinen gehorsamsten Dank!“ Glückselig hastete der Graukopf davon. Er durfte mit! Und wenn Herr Steinherr auch so'n gräßliches Ding von Flugzeug benützte, das nirgends einen richtigen Halt hatte und von dem man schon beim bloßen Hinschauen über und schwindlig wurde: für Herrn Doktor und die schöne, liebe, gnädige Frau wagte er alles! Waren sie ihm doch ein Teil der liebvertrauten Vergangenheit.

Aber es wurde nichts aus dem gefährdeten Flug, zu arg wüteten augenblicklich die Winterstürme in den Bergen. So blieb Steinherr nur der Weg mit dem Express. Er war sehr schweigsam auf der langen Fahrt, die ihn endlos dünkte und der alte Werner, der wie ein würdiger Hofrat wirkte in seinem dunklen Anzug mit den kleinen, diskreten Ordensbändchen im Knopfloch, von denen ihn nichts in der Welt getrennt hätte, und der alle paar Stunden von seinem Platz im Nebenabteil erschien, um höchst überflüssigerweise nach seines Herrn Wünsche zu fragen, ohne je welche zu erfahren, erriet wohl den Weg, den dessen sorgenvolle Gedanken wanderten. Was sollte aus Georg von Vandro werden, blieb er

nche Anhänger des Führers geworden. Der Heuberg würde nicht für die einfachen Proleten, sondern für ihre Berufstätigen da. Der Redner betonte ferner die Erziehungsbedürftigkeit vor allem der höheren Schichten, die zum Teil zu vornehm seien, das Brauhemd zu tragen. Die Jugend müsse ausschließlich nationalsozialistisch erzogen werden. Ministerpräsident Prof. Wergenthaler erklärte, er werde als Kultminister allen Widerständen zum Trotz mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, daß die Jugend im nationalsozialistischen Geist aufwache. Staatskommissar Dreher wandte sich scharf gegen jene, die sich aus Angst hinter den Nationalsozialismus stellen. Solange ein Volk an der Spitze des württ. Zentrums stehe, sei den Beteuerungen dieser Partei kein Glaube zu schenken.

Kriegertag in Schwäb. Hall

Hall, 29. Mai. Der Württ. Kriegerbund veranstaltete am Samstag und Sonntag hier seinen 29. ordentlichen Bundesstag. Die Tagung begann am Samstag nachmittags mit Beratungen in den Räumen des Neubaus. Das Wichtigste dieser Beratungen war die sogenannte Gleichschaltung des Kriegerbundes. Bundespräsident Generalleutnant a. D. Dr. v. Maur machte prinzipielle Ausführungen über die Stellung der Kriegervereine zur nationalen Erhebung. In den neuerlichen Besprechungen des Deutschen Kriegerbundes sei es um die Erhaltung des größten Soldatenbundes gegangen. Das Weiterbestehen sei erreicht und der Bund neu gestaltet worden. Aufgegeben wurde dabei die überparteiliche Organisation. Heute gehört der Württ. Kriegerbund der Partei aller Deutschen an. Aufgegeben wurde auch das System der Mehrheitsbeschlüsse. Heute ist der Bund dem Führer vollständig unterstellt. Dadurch wurde die Gleichberechtigung des Kriegerbundes mit den nationalen Verbänden erreicht.

Abends 8 Uhr fand im Neubausaal ein Begrüßungsabend statt, in dessen Mittelpunkt die Begrüßungsrede Dr. v. Mours stand und der von ausgezeichneten Darbietungen der Haller Vereine umrahmt war. Der Sonntag brachte sieben Sonderzüge in die Feststadt. Unzählige Omnibusse und Kraftwagen fuhren durch die Straßen. Ein schöner Lusttag war vormittags der Festgottesdienst auf dem Marktplatz. Ueber 150 Fahnen waren entlang dem Rathaus aufgestellt. Tausende von Zuschauern und Kriegern aller Städte des Landes umfüllten den Platz. Zu Herzen gehende Worte sprach Oberkirchenrat Schaal-Stuttgart für die lebenden und Stadtpfarrer Dr. Steinhäuser-Hall für die toten Kameraden. Im Festzug am Nachmittag marschierten etwa 15 000 Krieger. Ueber eine Stunde dauerte der Aufmarsch, mit dem auch die gesamte SA, die Hitlerjugend und zahlreiche Vereine und Musikkapellen marschierten.

Der Senior des Hauses Württemberg, Herzog Albrecht, Reichspräsident v. Hindenburg, Reichstanzler Adolf Hitler, Ehrenpräsident v. Gerol und General v. Horn-Berlin, der oberste Führer des Kriegerbundes, hatten Glückwunschtelegramme gesandt.

Katholischer Jungmänner-Verband

Ulm, 29. Mai. Ein lebhaftes Bild zeigten die Straßen am Samstag und Sonntag. Nicht weniger als 5000 kath. Jungvolk ist mit seinen bunten Flaggen und Wimpeln eingetroffen und durchzieht mit Trommelschlag und fröhlichem Gesang die beflaggten Straßen der Stadt. Die kath. Jugend Deutschlands zählt 1,5 Millionen. Der Gesellenverein mit seiner 85jährigen Arbeit allein 120 000 Mitglieder. Die Kundgebung wurde mit einem Abendgottesdienst in der St. Georgskirche eröffnet. Hier hielt Diözesanpräses Schuster eine Ansprache. Farbenprächtig war der Fackelzug zum Münster. Anwesend waren auch Bischof Dr. Sprull und andere hohe Geistliche, sowie Vertreter der verschiedenen Jugendverbände, Graf v. Reipperg u. a. Diözesanleiter Erwin Häußler richtete feurige Worte an die Versammlung. Am Sonntag hielt der Bischof die Festpredigt. Christus soll unser Führer sein und immer bleiben. Wenn wir in unseren Jugendvereinen die religiöse Erneuerung und sittliche Erziehung zum Fundament aller Bildung und Schulung machen, so arbeiten wir wahrhaftig an der nationalen Erhebung unseres Volks mit. Wir werden unsere Vereine nicht selbst zerbrechen lassen. Lassen sie aber auch nicht zerbrechen. Nach dem Festgottesdienst fand eine Feststunde im Saalbau und im Kasinoaal statt.

Stahlhelmtreffen in Konstanz

Konstanz, 29. Mai. Am Samstag nachmittags traf die über 1000 Mann starke Hohenzollernstreife auf zwei Sonderdampfern aus Ueberlingen in der reich mit Fahnen geschmückten Stadt Konstanz ein. Der erste Tag des großen Stahlhelmtreffens in Konstanz wurde am Samstag abend mit einem Fackelzug und einer Kundgebung auf der Marktplatz abgeschlossen. Ähnliche Kundgebungen fanden am Samstag in Radolfzell, Meersburg, Ueberlingen und Hagenau statt, wo überall Stahlhelmlaute einquartiert waren. Am ganzen deutschen Bodensee-Ufer entlang loberten am Abend die Höhenfeuer.

Am Sonntag morgen fand zur 10jährigen Feier des Bestehens des Landesverbands Baden-Württemberg des Stahlhelms ein Generalappell statt. Ueber 10 000 uniformierte Kameraden waren angetreten, dazu noch 3000 Kameraden in Zivil. Im Anschluß an den Festgottesdienst auf dem Flugplatz meldete der Landesführer Dr. Benz dem Präsidenten des Reichsturators, von Neuffville, den angetretenen Landesverband und die Zollernstreife. Er meldete ihm ferner 205 neue Stahlhelmsgruppen und Kameradschaften, die meistens vor dem 5. März entstanden sind, ferner noch 200 Ortsgruppen, die eben im Entstehen sind. Es folgte der feierliche Akt der Fahnenweihe.

Als Ehrengäste waren u. a. anwesend: Herzog Philipp Albrecht, Albrecht Eugen, die Prinzen Eitel Friedrich von Preußen und Oskar von Preußen, Prinz Christian von Schaumburg-Lippe, Fürst von Fürstenberg, der württ. Finanzminister Dr. Dehlinger und als Vertreter der SA der Kreisleiter Speer und der Standartenführer 114 Dr. Neuscheller.

Stuttgart, 29. Mai.

Der 5. Württ. Caritasstag in Stuttgart wurde am Sonntag eingeleitet mit einem feierlichen Pontifikalamt in der Marienkirche, das Weihbischof Fischer zelebrierte. Die Festpredigt hielt Domkapitular Rau.
In der Nachmittagsversammlung des Württ. Caritasverbandes, der auch die Herzöge Philipp Albrecht und Albrecht Eugen von Württemberg beiwohnten, erstattete Caritasdirektor Mgr. Dr. Straubinger den Tätigkeitsbericht. Der Zeit entsprechend wurden keine neuen Anstalten errichtet. Auch die caritativen Landesorganisationen blieben sich an Zahl gleich. Es sind ihrer 21. Gut entwickelt

haben sich besonders die Vinzenzvereine und die Elisabethvereine, das kath. Jugendhilfswerk und der Landesverband kath. Kinderhorter und Kleinkinderanstalten. Eine Lebensmittellammlung im Lande erbrachte 14 444 Zentner Kartoffeln, 232 Ztr. Obst und Gemüse, 739 Ztr. Getreide und Mehl, 255 Ztr. Hülsenfrüchte, 51 Ztr. Fleisch, 10 Ztr. Butter und Käse. Die Zahl der kostenlosen Essen, die von Anstalten, Schwesternhäusern und caritativen Speisungen abgegeben wurden, beläuft sich auf rund 531 000. Die Schwestern von Untermarchtal und Keutle haben 523 173 und 660 825 Essen abgegeben. Im freiwilligen Arbeitsdienst ist der Caritasverband in Württemberg führend geworden.

In den Ruhestand. Mit Ablauf des Monats Mai scheidet Ministerialdirektor Professor Dr. v. Osiertag, der trotz Ueberbreitung der gesetzlichen Altersgrenze auf Ersuchen des Wirtschaftsministeriums das württ. Veterinärwesen bisher mehrere Jahre hindurch als Leiter weitergeführt hatte, auf seinen besonderen Wunsch aus dem Wirtschaftsdienst aus.

Ernennung. Durch bischöfliches Dekret wurde Präses Uhl-Cannstatt zum Diözesanpräses der katholischen Gesellenvereine mit Sitz im Zentral-Gesellenhaus Stuttgart ernannt. Zum neuen Präses des Cannstatter Kolpinghauses und Hilfsgehilfen an der Viebsrauenkirche wurde der bisherige Vikar von Feuerbach, Vogel, ernannt.

Neue Kommissare für Ortskrankenkassen. Zum Kommissar für die Allgemeine Ortskrankenkasse Leitznang wurde Landrat Hofmeister, für Luttlingen Landrat Dr. Burger, für Besigheim Landrat Fuchs bestellt.

Rücktritt des Vorsitzenden des württ. Ärzteverbands. Der bisherige Führer der württ. Ärzteschaft, Dr. med. Friedrich Langhein-Pfullingen, Vorsitzender des württ. Ärztevereins, ist nach mehr als 30jähriger Tätigkeit von seinem Amt zurückgetreten.

Landwirtschaftskammer. Die vom Leiter des Wirtschaftsministeriums angeordnete Prüfung der Geschäftsführung der Landwirtschaftskammer ist abgeschlossen. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die Geschäfte der Kammer durchaus einwandfrei geführt worden sind; dies gilt insbesondere auch für die Leitung durch den Direktor der Kammer, Dr. Ströbel. Dagegen sind gegen einen Beamten der Kammer in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer eines der Kammer naheliegenden Vereins Beanstandungen festgestellt worden, die zurzeit noch geprüft werden.

Auszeichnung. Auf der Deutschen Landwirtschafts-Ausstellung in Berlin erhielt Oubsbesitzer Arnold (Wühlhof), der Staatskommissar für die württ. Landwirtschaft, für seine in der ganzen Stadt eingeführte und bekannt ausgezeichnete Frischmilch wiederum einen 1a-Preis.

Siedlung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Für die Förderung der Ansiedlung württembergischer Landwirte, Landarbeiter und ländlicher Handwerker in den Siedlungsgebieten des Ostens und Nordens Deutschlands hat die Reichsstelle für Siedlerberatung die Württ. Siedlerberatungsstelle eingerichtet. Die Geschäftsstelle ist der Württ. Landwirtschaftskammer angegliedert und befindet sich in Stuttgart, Marienstr. 46. Anfragen wegen Ansiedlung im Osten und Norden sind an die Württ. Siedlerberatungsstelle zu richten. Das Württ. Wirtschaftsministerium und die Württ. Landeskreditanstalt werden bis auf weiteres Anträgen auf Heimatkredite und Zinsverbilligungszuschüsse nur dann entsprechen, wenn sie von der Württ. Siedlerberatungsstelle gestellt sind. Anträge an die Reichsbahn auf Fahrpreis- und Frachtmäßigung müssen ebenfalls durch Vermittlung der württ. Siedlerberatung gestellt werden.

Aufruf an die Theaterfreunde. Die Deutsche Bühne e. V., Landesverband Württemberg, wendet sich in einem Aufruf an alle Theaterfreunde im Land und in Hohenzollern, neue Ortsvereine von Theatergemeinden zu gründen oder bestehende, die durch die parteipolitische Zerrissenheit in den letzten Jahren Mitglieder verloren haben, zu stärken. Die Aufgaben und Darbietungen werden dem völkischen Zeitalter entsprechen; volksfremde, zersetzende Tendenzen werden ausgemerzt, dagegen sollen deutsche Dichter und Künstler zum deutschen Herzen sprechen. Die ersten Darbietungen werden bereits am 1. Juni in Ehlingen mit drei Auführungen des Schauspiels „Schlageter“ beginnen, das bereits von den meisten Theatergemeinden im Land ebenfalls bestellt worden ist; wo das noch nicht geschehen ist, wolle die Bestellung baldigst beim Landesverband Württemberg-Hohenzollern der „Deutschen Bühne“, Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, gemacht werden.

Schwäbischer Schillerverein. In der 37. ordentlichen Mitgliederversammlung des Schwäbischen Schillervereins leitete der Vorsitzende, Geh. Rat Prof. Dr. v. Gantler mit, daß die Sammlung des Museums jetzt 17 600 Werke, über 22 000 Handschriften und 5000 Bilder umfasse. Er wies ferner auf die Sonderausstellung zum Gedächtnis Wielands hin. Nach dem von Kommerzienrat Ernst Klett erstatteten Kassenbericht betrugen die Einnahmen 35 000 M., die Ausgaben 31 700 M. Der Verein zählt zur Zeit 1589 Mitglieder.

Tränengasbomben im Kaufhaus Schocken. Im Kaufhaus Schocken wurden am Samstag vormittags in der Lebensmittelabteilung zwei Tränengasbomben geworfen, von denen eine zur Explosion kam. Die Wirkung war so stark, daß Käufer und Angestellte auf die Dauer von 1/2 Stunden die Abteilung verlassen mußten. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnten.

Aus dem Lande

Klein-Villars Ob. Maulbronn, 29. Mai. Im Streit erlöschten Sonntag nachmittags hat der ledige 20jährige Hilfsarbeiter Otto Ehemann den 24jährigen verheirateten Landwirt Frits Genger nach kurzem Wortwechsel erschossen. Der Täter ging flüchtig, konnte jedoch nach kurzer Zeit festgenommen werden.

Eningen u. A., 29. Mai. Auszeichnung. Dem Gefangenen Eningen u. A., der auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist die staatliche Auszeichnung für Verdienste um die Förderung des Chorgesanges und die Pflege des deutschen Volkslieds verliehen worden.

Keutlingen, 29. Mai. Kundgebung vor dem Haus des Oberbürgermeisters. Wie der Keutlinger Generalanzeiger hört, erschien am Freitag abend vor der Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Haller ein Sprechchor in Stärke von über 50 Mann, der den Rücktritt des Stadtrats forderte mit Rufen wie: „Sie haben vom Rathaus zu verschwinden“. „Wir haben genug an anonymen Briefen“. „Das Vertrauen, das Sie an die Spitze der Bürgerschaft berufen hat, haben Sie nicht mehr“ und ähnliches. — Zu diesen Vorfällen teilt der württ. Staats-

kommissar für Körperschaftsverwaltung, Landrat Dr. Wärfenberg-Stuttgart mit: „Bei den vor der Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Haller veranstalteten „Sprechchören“ handelt es sich um Ausschreitungen einiger junger Leute, die schlechtweg als grober Unfug zu bezeichnen sind und lediglich polizeiliches Interesse beanspruchen. Gegen Oberbürgermeister Dr. Haller liegt bei mir und den zuständigen Behörden bis jetzt nicht das Geringste vor, was zur Amtsenthebung aus disziplinarer oder politischer Gründen zu führen geeignet wäre. Zu der in diesem Zusammenhang wieder aufgewärmten Angelegenheit des sog. „anonymen Briefes“ habe ich als derjenige, der seinerzeit als Regierungskommissar den „Keutlinger Rathausstreit“ bis ins Einzelne untersucht hat, zu erklären: Es ist nicht wahr, daß Oberbürgermeister Dr. Haller einen „anonymen Brief“ geschrieben hat. Dies ist auch gerichtlich festgestellt.“

Ludwigsburg, 29. Mai. 25. Verbandstag der württ. Schmiedemeister. Am Sonntag fand hier der 25. Verbandstag des württ. Schmiedemeisterverbands statt, dem am Samstag ein Begrüßungsabend vorausging. Die Hauptversammlung leitete der Verbandsvorsitzende Schmiedemeister Huber-Ludwigsburg. Die Wünsche des Wirtschaftsministeriums und des Landsgewerkeamts überbrachte Oberregierungsrat Marquardt. Den Jahresbericht erstattete Geschäftsführer Naujokat. Der Vorstand ist bereits gleichgeschaltet. Der erste Vorsitzende ist Obermeister Huber-Ludwigsburg, sein Stellvertreter Eugen Maier-Heilbronn. Als Ort der nächsten Verbandstagung wurde Keutlingen gewählt.

Freudenstadt, 29. Mai. Landesversammlung des Evang. Bundes. Die Landesversammlung des Evang. Bundes findet hier am 1. und 2. Oktober statt.

Talflingen Ob. Balingen, 29. Mai. Säuberung der Büchereien. Zwecks Säuberung der Stadtbibliothek und der Schulbücherei von marxistischen und zerkleinernden Schriften wurde vom Gemeinderat eine aus Geistlichen und Lehrern bestehende Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, in erster Linie die Werke jüdischer Autoren auszuwählen und zu vernichten. Auf 1. Juli soll die gesamte Hilfspolizei abgebaut werden.

Trossingen, 29. Mai. Todesfall. Direktor Dr. W. Hohner ist im städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. M. an den Folgen einer Operation im 55. Lebensjahr gestorben. Er war der jüngste Sohn von Matthias Hohner, dem Gründer der Harmonika-Industrie in Trossingen. Der Verstorbene war auch Mitglied der Handelskammer Rottweil sowie ein tatkräftiger Freund und Förderer des schwäbischen Volksgesangs. Auch für das Gemeinleben von Trossingen bedeutete sein Tod einen schmerzlichen Verlust.

Friedrichshafen, 29. Mai. Erfolg der Maikäferbekämpfung. Bei der Stadtpflege wurden heuer im ganzen 4536 Liter Maikäfer abgeliefert.

„Die deutsche Frau raucht nicht!“ In der neuen Hasenbahnhofs-Wirtschaft sah dieser Tage eine Dame, die sich eine Zigarette zu Gemüt führte. Da trat ein Herr auf sie zu und sagte in höflichem Ton: „Sie gestatten, daß ich Sie auf dieses Plakat aufmerksam mache: „Die deutsche Frau raucht nicht!“ Aber schlagfertig erwiderte ihm die Nikotinfreundin: „Das hat mir gleich sy, was die deutsche Frau macht!“ Mit roten Wangen trat er den Rückzug vor der Schwyzerin an.

Ämtliche Dienstnachrichten

Ernannt: Die Notariatspraktikanten Heberle in Tübingen zum Obersekretär bei dem Amtsgericht Tübingen, Bidingmaier in Neckarulm zum Obersekretär bei dem Amtsgericht Biberach und Deuschle in Eisingen zum Obersekretär bei dem Amtsgericht Ulm, die Justizsekretäre Gottlieb Arnold bei dem Landgericht Heilbronn und Heindel bei dem Landgericht Eßmannen zu Verwaltungssekretären.

Uebertragen: Je eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Frommern Ob. Balingen dem Hauptlehrer Gühring in Eisingen Ob. Balingen, Kinderfeld Ob. Mergentheim dem Lehrer August Baisch in Stuttgart, Schorndorf dem Hauptlehrer Klein in Würzbach Ob. Calm, Ulm dem Hauptlehrer Hedel in Langenau Ob. Ulm.

Ernannt: Volksschullehrer Häcker in Ulm zum Mittelschullehrer an der Wagnerische dafelst.

In den Ruhestand versetzt: Polizeisekretär Bardi beim Polizeipräsidium Stuttgart; Polizeioberleutnant Bentele bei der Polizeidirektion Ehlingen; Bausekretär Rössler in Biberach.

Versetzt: Die Reichsbahnräte Wending in Heilbronn nach Stuttgart (Reichsbahndirektion) und Keger in Stuttgart nach Heilbronn als Vorstand des Neubauamts, Bauoberinspektor Kommel in Stuttgart-Untertürkheim nach Stuttgart-Cannstatt als Vorsteher der Bahnmasterei 1 überwiehen, der Bauoberinspektor Bernhard in Schorndorf nach Stuttgart-Untertürkheim als Vorsteher der Bahnmasterei, der Güterinspektor Pfister in Ulm (Güterabfertigung) nach Ehlingen (Reichsbahn-Ausbesserungswerk), der Reichsbahnobersekretär Spiegel in Hall (Schwäbisch) nach Stuttgart (Reichsbahndirektion), der Oberbahnhofs-vorsteher Fischer in Reichenbach (Hils) als Reichsbahn-obersekretär nach Stuttgart-Untertürkheim (Bahnbetriebswerk), der Reichsbahnobersekretäre Dürr in Dülkingen nach Urach und Haag in Eisingen (Hils) nach Oberlochen als Vorsteher des Bahnhofs versetzt.

Lokales.

Wildbad, 30. Mai 1933.

Zusätzliche Baudarlehen auch für Schwerkriegsbeschädigte. Der Reichsarbeitsminister hat die im November 1932 erlassenen Bedingungen über Gewährung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime dahin ergänzt, daß künftig außer den kinderreichen Familien auch Schwerkriegsbeschädigte Zusatzdarlehen erhalten.

Herabsetzung der Beiträge zur Invalidenversicherung für Hausgehilfinnen. Mit Wirkung vom 1. Mai 1933 sind für Hausgehilfinnen die Beiträge zur Invalidenversicherung nach Lohnklasse 2 und, wenn das Verantgelt 50 RM, monatlich übersteigt, nach Lohnklasse 3 zu entrichten.

Schwan
schaumhessero

Dr. Thompson's Schwan Seifenpulver gibt durch seinen Marken-
Seifengehalt prachtvollen schäumen Schaum!

Paket 24 Pfg. Doppelpaket 44 Pfg.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Marga von Ehdorf †

Die bekannte deutsche Fliegerin Marga von Ehdorf, die u. a. seinerzeit den berühmten Flug nach Australien und einen weiteren nach Tokio glücklich durchgeführt hat, ist auf einem neuen Australienflug am Sonntag abend 6.17 Uhr bei einer verunglückten Landung auf dem Flugplatz Roussimieh (18 Kilometer nördlich von Aleppo in Syrien) abgestürzt. Nach einer Meldung soll Fräulein von Ehdorf — ihr eigentlicher Name ist Wolf; sie wurde am 1. August 1907 als Tochter eines Offiziers in Berlin geboren — bei dem Absturz unverletzt geblieben sein und darauf in krankhaftem Ehrgeiz Selbstmord begangen haben. Nach einem anderen, wahrscheinlicheren Bericht wurde sie schwer verletzt und starb im Krankenhaus. Fräulein von Ehdorf war mit einer Klemm-Maschine mit Argus-Motor am Samstag früh 3 Uhr in Staaken bei Berlin gestartet.

Anlässlich des tragischen Todes dieser kühnen Fliegerin sei daran erinnert, daß Marga von Ehdorf am 13. Sept. vorigen Jahres im Kurjaal einen Lichtbildvortrag hielt über ihre Luftreise mit dem Flugzeug „Alet in die Welt“, die über Russland, Japan, Korea nach Siam ging, wo sie in Bangkok, der Hauptstadt Siams aus 3000 Meter Höhe abstürzte und die Fliegerin an den Rand des Grabes brachte. Für ihre hochinteressanten vom eigenen Erleben durchpflanzten Schilderungen durfte sie damals herzlichen Beifall entgegennehmen und eine prächtige Blumenpötte, persönlich überreicht vom Badkommissar, Herrn Oberstleutnant von Breuning. Nun hat die lebenswürdige und sympatische Welt-Fliegerin ihr Schicksal ereilt. In der deutschen Fluggeschichte wird Marga von Ehdorf einen Ehrenplatz einnehmen, wie sie von ihren damaligen Bildbader Zuhörern nie vergessen werden dürfte.

Kuttner in Holland. Der sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Kuttner, bisher Schriftleiter am Berliner „Vorwärts“, hat nunmehr dem Landtag aus Amsterdamm mitgeteilt, daß er auf sein Mandat verzichtet. Er ist ins Ausland geflüchtet, um einem Strafverfahren wegen seiner Tätigkeit im Umsturz von 1918 zu entgehen. An seiner Stelle tritt Frau Helene Schmitz in den Landtag ein.

Zuwachs der nat.-soz. Preußenfraktion. Der auf der Zentrumsliste in den preuß. Landtag gewählte frühere Wirtschaftsparteiler Abg. Borchert ist als ständiger Gast der nat.-soz. Fraktion beigetreten, die nunmehr 212 Abgeordnete zählt. Die sozialdemokratische Fraktion zählt durch verschiedene Austritte nur noch 76 statt 80 Mitglieder. Die Abgeordneten Berg, Hofacker, Möller und Robbein gehören als „Mitglieder bei keiner Fraktion“ dem Landtag weiterhin an.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität. Das preussische Staatsministerium hat auf Antrag des Rektors und des Seminars der Universität Greifswald den Namen „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ verliehen.

Handel und Verkehr

Deutschlands Auslandsverschuldung

19 1/2 Milliarden

Nach den Erhebungen der Reichsausschüsse für Auslandsverschuldung auf 30. September 1932 beträgt die Gesamtverschuldung an das Ausland 19 528 Millionen M., wovon 10 161 Millionen auf langfristige und 9 367 Millionen auf kurzfristige Schulden entfallen. Ersterer sind solche, die nicht vor dem 1. Oktober 1933 fällig werden, unter letzteren sind solche zu verstehen, die vor Ablauf eines Jahres, vom Tag der Erhebung gerechnet, fällig sind. Nicht erfasst sind die unmittelbaren Kapitalanlagen des Auslands, beispielsweise die im Besitz von Ausländern befindlichen deutschen Wertpapiere, Beteiligungen und Grundstücke, ferner ebenfalls nicht die im Inland gegebenen Schuldverschreibungen, die in ausländischen Besitz übergegangen sind, da diese naturgemäß nicht erfasst werden können. Alle diese nicht erfassten Beträge werden auf rund 5 Milliarden geschätzt, so daß also die gesamten ausländischen Kapitalanlagen mit etwa 24—25 Milliarden M. anzunehmen sind.

Von den langfristigen Schulden kommen Millionen M. auf die öffentliche Hand 3601, auf Banken 1405, Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft 4701, sonstige Schuldner 474, von den kurzfristigen auf öffentliche Hand 3861, Reichsbank und Golddiskontbank 814, Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft 3745, öffentliche Hand 622, sonstige Schuldner 305. Von diesen 19 1/2 Milliarden genau feststellbaren Gesamtverschuldungen fallen etwas mehr als 4 Milliarden unter das Stillhalteabkommen.

Die größten Schuldforderungen haben die Vereinigten Staaten mit 8016 Mill. M. (davon 2898 Mill. oder 36 v. H. kurzfristig), dann folgen die Niederlande mit 3427 Mill. (davon 1559 Mill. oder 45 v. H. kurzfristig), die Schweiz mit 2707 Mill. (davon 1611 Mill. oder 60 v. H. kurzfristig), England mit 2231 Mill. (davon 1171 Mill. oder rund 50 v. H. kurzfristig), ferner Frankreich mit 864, Schweden mit 263, Belgien mit 191, Italien mit 147, Tschechoslowakei mit 146 und Dänemark mit 56 Mill. M. Die kurzfristigen Kredite der BIZ, belaufen sich einschließlich des von den Zentralnotenbanken von Frankreich, England und Amerika für die Reichsbank gegebenen Ueberbrückungskredits auf 624 Mill. M.

In der Zeit vom 29. Februar 1932 bis 30. September 1932 ist ein Rückgang der deutschen Auslandsverschuldungen von 1695 Mill. M. (806 langfristige und 889 kurzfristige) eingetreten. Seit der ersten Erhebung von Ende Juli 1931 (Bankenkrise) bis 30. September 1932 haben sich die Schulden von 23,8 auf 19,5, also um rund 4,3 Milliarden verringert. Die größten Kreditrückziehungen des Auslands sind aber vor dem 28. Juli 1931 erfolgt.

Die Verzinsung und die Tilgungszahlungen der Auslandsverschuldungen für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 belaufen sich auf 1328 Mill. M., und zwar Zinsen 1048, Tilgungen 280 Mill. M. Die Zinsermäßigungen, die im neuen Kreditabkommen vorgesehen sind, betragen etwa 1/2 v. H. Als Befragung der deutschen Zahlungsbilanz 1933 aus Zinsen und Tilgungen kann ein Betrag von 1300 Mill. M. eingesetzt werden in der Annahme, daß sich die Einnahmen aus deutschen Anlagen im Ausland und die Ausgaben für ausländische Anlagen in Deutschland in der Form von Beteiligungen und Grundbesitz ungefähr aufheben. Im Kalenderjahr 1933 beträgt der planmäßige Kapitaldienst für Auslandsanleihen (einschließlich Pensions- und Pensionsanleihen) allein 727 Mill. M.; wovon 499 Mill. auf Zinsen und 228 Mill. auf Tilgungen entfallen.

Die Entwicklung der Warenpreise

Seit der tatsächlichen Aufgabe der Goldwährung in Amerika im März d. J. und der damit verbundenen Dollarentwertung haben auf dem Weltmarkt folgende Rohstoffe eine Preiserhöhung erfahren: Weizen um 11 v. H., Baumwolle 16, Blei 19, Stahleisen 20, Kupfer 24, Rauhseid 30, Schinken 48, Zucker um 55 v. H. Gleichgeblieben sind die Preise seit Januar 1933 für Mais. Vorwärts entwickelt haben sich die Preise für Rasse um 3 v. H., Rohleder 8, Rindfleisch 10, Butter 13, Kaffee 17, Benzin 25, Rohöl um 60 v. H. Es wäre jedoch verfehlt, diese Preisentwicklung ausschließlich auf die Dollarentwertung zurückzuführen, denn bei verschiedenen Waren haben die Preise bereits seit Februar anzunehmen begonnen. Außerdem dürfen Saisoninflüsse nicht übersehen werden. So trafen die von der Dollarentwertung aus-

MAGGI Fleischbrühe

5 Würfel (1 Stange) nur 17 Pfg

gehenden Anregungen bei diesen Waren auf eine Marktlage, die für eine Aufwärtsbewegung der Preise mindestens vorbereitet war.

Landwirtschaftlicher Vollstreckungsschutz

Ein Erlass des Wirtschaftsministeriums weist darauf hin, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz die Aufhebung der Zwangsvollstreckung in Gegenstände des landwirtschaftlichen Betriebs und des Hausrats bei Ansprüchen aus laufenden Steuern, laufenden Annuitäten erbfähiger Hypotheken und laufenden Betriebskrediten von einer Befreiung der unteren Verwaltungsbehörde abhängig gemacht ist. Für die Beurteilung der Frage, ob dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung die zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte unentbehrlichen Mittel entzogen werden, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Betriebs allein entscheidend. Unerheblich ist, ob der Gläubiger eine Person des öffentlichen Rechts (Staat, Gemeinde, öffentliche Sparkasse) oder eine Privatperson ist. Die Erteilung der Befreiung setzt voraus, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte 1933 nicht entbehren kann. Da der Zeitpunkt der Ernte und der Hauptjahresernten bei den einzelnen Gruppen landwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe recht verschieden liegt (z. B. Spargel- und Beerenobstbau einerseits, Getreide- und Hackfruchtbau andererseits), wird unter Umständen bei einem Betrieb, dessen Ernte früh liegt und bei dem die Haupteinnahmen früh geflossen sind, die Voraussetzungen für die Erteilung der Befreiung nicht gegeben sein, während zu gleicher Zeit ein Betrieb, dessen Ernte später liegt, den Erlös des gepfändeten Gegenstands für die Fortführung der Wirtschaft nicht entbehren kann. Soweit im Einzelfall Zweifel darüber bestehen, was „zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft“ an Ausgabebedarf nicht entbehrt werden kann, wird sich die Anhörung der Landwirtschaftskammer empfehlen. Die Gemeindebehörden werden ersucht, bei Ausstellung der Befreiungen hierauf zu achten.

Der Abschluß der Reichsbahn — Kein Verlust

Die Finanzen der Reichsbahn wurden im Jahr 1932 erneut auf eine schwere Probe gestellt. Die gesamten Einnahmen gingen um 914 Millionen zurück. Die Ausgaben wurden um 621 Mill. M. eingeschränkt. Zum erstmaligen reichten die Einnahmen nicht aus, um die Betriebsausgaben zu decken. Während 1931 noch ein Ueberschuß von 226 Mill. M. blieb, ergab sich 1932 ein Fehlbetrag von 66,8 Mill. M. Trotzdem schließt das Jahr ohne Verlust ab, da durch den Wegfall des Reparationsbeitrags, durch Steuergutscheine und Dividendenrücklage eine einmalige Einnahme von 308,7 Mill. M. erwuchs. Der Bericht weist darauf hin, daß die Referenzen und Rücklagen durch die letzten Notjahre fast völlig erschöpft seien. Trotzdem werden im Hinblick auf die jetzt stehende Behebung des Güterverkehrs die Aussichten für die Zukunft günstiger beurteilt. Eine Tarifsenkung könne aber nur in Frage kommen, wenn gleichzeitig auch die Ausgaben entsprechend gekürzt werden. Zu diesen Ausgaben werden vor allem gezählt die 70 Mill. M., die die Reichsbahn an das Reich als Beitrag zu den nach der Lausanner Reparationslösung verbliebenen Kriegsschuldenlasten abzuführen hat, ferner 35 Mill. Markkriegsdividende auf die dem Reich überlassenen 500 Mill. Vorkriegsausgaben, die Beförderungsteuer mit 180 Mill., eine politische Personallast mit 183 Mill., Steuern mit 20,3 Mill. und die Verzinsung der restlichen Vorkriegsausgaben und Schulden mit 64 Mill.

Die 5 Millionen Mark der Reichsaufkäufe für den Eigenheimbau

Die Reichsaufkäufe für Arbeitslosenversicherung teilt mit, daß nunmehr die 5 Millionen Mark aus Mitteln der Reichsaufkäufe, die als zusätzliche Reichsauswendungen neben den vom Reichsarbeitsministerium bereitgestellten 20 Millionen Mark für die Förderung des Eigenheimbaus zur Verfügung stehen, auf die einzelnen Länder nach ihrer Einwohnerzahl aufgeteilt wurden. Es handelt sich hauptsächlich um die Förderung des Baus von Arbeiterwohnungen in kleineren Ortschaften, um sie schaffst zu machen. Die Zuschüsse für die einzelne Arbeiterwohnung bewegen sich zwischen 800 und 1200 Mark. Zunächst sollen die Vorhaben ausgeschrieben werden, die nach dem 30. Juni 1933 begonnen werden. Man will bis zu diesem Termin in Gang getommene Eigenheimbauten zunächst befristigen und die anderen bis dahin zurückstellen. Als spätester Zeitpunkt der Bauvollendung ist der 31. März 1934 vorgesehen. Bei dem größeren Fonds zur Förderung des Eigenheimbaus, jener 20 Millionen, die dem Reichsarbeitsministerium zur Verfügung gestellt wurden, ist vor allem an die Unterstützung der Stadtrandbebauung gedacht.

Berliner Pfandkurs, 29. Mai. 14.205 G., 14.245 B.
Berliner Dollarkurs 3.581 G., 3.589 B.
100 franz. Franken 16.61 G., 16.65 B.
100 Schweizer Franken 81.62 G., 81.88 B.
100 österr. Schilling 46.45 G., 46.55 B.
Privatdiskont 3,675 v. H. kurz und lang.
Dt. Abl.-Anl. 74, ohne Ausl. 12,10.
Wärtl. Silberpreis, 29. Mai. Grundpreis 43,20 M. d. Ag.

Die Schweiz gegen Warenhäuser. Das schweizerische Volkswirtschaftsamt hat der im Bundeshaus in Bern zusammentretenden Konferenz neben andern auch den Vorschlag vorgelegt, daß neue Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte nur errichtet werden dürfen, wenn das Bedürfnis dafür nachgewiesen werde.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage. Die Arbeitsmarktlage im Reich hat sich in der ersten Maihälfte weiter verbessert. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen sank um rund 80 000 auf rund 5 252 000. Sie ist somit zum wintertlichen Höchstpunkt bis Mitte Mai um rund 800 000 zurückgegangen gegenüber nur rund 450 000 im Vorjahr. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging um rund 41 000, in der Krisenfürsorge um rund 39 000 zurück. Am 15. Mai 1933 wurden rund 1 860 000 Hauptunterstützungsempfänger in diesen beiden Unterstützungsrichtungen gezählt. Zahlen über den Bestand an Wohlfahrtserwerbslosen liegen für die Monatsmitte nicht vor. Die Zahl der Vollständer betrug Ende April rund 114 000 und wird in der ersten Maihälfte noch weiter gesunken sein.

Konkursverfahren Nieger-Pullinger. In einer zweiten Gläubiger-Versammlung im Konkursverfahren Lanthaus Nieger-Pullinger wurde eine Liste anerkannter Forderungen, etwa 150 000 M., denen keinerlei Sicherheiten gegenüberstehen, verlesen. Weitere 150 000 M. sind durch Pfänder gesichert. Der Konkursverwalter teilte mit, daß verschiedene Prozesse geführt werden müßten, um überhaupt eine Konkursmasse zu schaffen. Es besteht auch die Möglichkeit, daß der Konkurs mangels Masse eingestellt werden muß. Diese Ansicht wurde von den kleinen Gläubigern mit jähem Protest entgegengenommen.

Stuttgarter Börse, 29. Mai. Die heutige Börse war lustlos und schwächer. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Wien, Goldpfandbriefe durch herauskommendes Material weiter schwächer. Altschuldentitel 74,125 v. H. (weniger 1,5). Der Aktienmarkt war bei mäßigen Umsätzen schwächer.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Landesproduktbörse. Der Getreidemarkt hat in der abgelaufenen Woche keine Belebung erfahren. Die Mühlen haben flodierenden Erfolg. Es notieren je 100 kg: Weizen 21—21,50 (am 22. Mai: 21,25—21,75), Roggen 17,50—18 (am 22. Mai: 17,75 bis 18,25), Hafer 13,75—14,25 (13,75 bis 14,50), Weizen (loose) 3,50—4 (am 22. Mai: 3,50 bis 3,75), Weizen (loose) 4,50 bis 5,50 (am 22. Mai: 4,50 bis 5,50), Weizenmehl Speis 9 33—33,50 (am 22. Mai: 9,33 bis 9,50), Weizenmehl 7,25 bis 7,75 M. (am 22. Mai: 7,25 bis 7,75 M.). Die Börse in der nächsten Woche fällt aus. Nächste Börse am Montag, 12. Juni 1933.

Magdeburger Zuckerpreise, 29. Mai. Mai 32,20—32,25. Tendenz ruhig.

Bremen, 29. Mai. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 10,40.

Märkte

Die Großhandelsmehrzahl für Schmalz vom 24. Mai ist mit 58,2 gegenüber dem 17. Mai (60,3) um 3,5 v. H. wieder zurückgegangen. 1913 gleich 100.

Viehpreise. Kleingewinn: Kühe 240—300, Kühe 150—300, Kalb 240—320, Jungvieh 70—300 M. — Ravensburg: Anstellrinder 200—220, trüchtige Kühe 200—320, Milchkuhe 180—300, Kalb 200—340 M.

Schweinepreise. Blaueiden: Milchschweine 15—22. — Crailsheim: Käufer 27—40, Milchschweine 16—22. — Gaildorf: Milchschweine 18—20. — Giengen a. Br.: Saugschweine 15—22, Käufer 27—36. — Göggingen: Milchschweine 14—20, Käufer 25—37. — Kleinenglingen: Milchschweine 17—23. — Marbach: Milchschweine 18—24. — Niederstetten: Milchschweine 16—22. — Künzelsau: Milchschweine 16—23. — Oehringen: Milchschweine 17—23. — Rottweil: Milchschweine 16—21. — Tübingen: Ferkel 18—24. — Troßingen: Milchschweine 17—21. — Ulm: Ferkel 18—23. — Waiblingen a. G.: Milchschweine 15—21. — Weikersheim O. M.: Milchschweine 17—22. — Balingen: Milchschweine 18—24. — Balingen: Milchschweine 18—22, Käufer 30—35. — Bönnigheim: Milchschweine 16—20,50, Käufer 32—44. — Ellwangen: Milchschweine 16—22, Käufer 27,50—32,50. — Nördlingen: Milchschweine 15—21,50, Käufer 27,50—35. — Ofterdingen O. M.: Rottweil: Milchschweine 17—25. — Ravensburg: Ferkel 14—20, Käufer 25—30. — Saulgau: Ferkel 19—22 M.

Fruchtpreise. Giengen a. Br.: Weizen 10,30—10,50, Hafer 6,40. — Tübingen: Dinkel 8, Hafer 7,20—7,50, Weizen 10,50 bis 10,80, Gerste 8,25—9,20, Kernen 12. — Balingen: Hafer 7,10 bis 7,50, Gerste 9, Weizen 11—11,50. — Ellwangen: Weizen 10,50 bis 10,60, Roggen 8,50—8,60, Gerste 8,20, Hafer 6,70. — Nagold: Weizen 10,80—11, Gerste 8,20—8,50, Hafer 7,20. — Nördlingen: Weizen 10,10—10,30, Roggen 8,10—8,20, Gerste 7,50—7,60, Hafer 7,20—7,50. — Ravensburg: Weizen 7,75—8, Weizen 10,40—10,70, Roggen 7,80—8, Gerste 8,25, Hafer 6,60—6,65. — Reutlingen: Weizen 11—11,60, Dinkel 8—8,50, Kernen 12, Gerste 8—8,60, Hafer 6,50—7,20. — Saulgau: Roggen 8, Gerste 7,50, Hafer 6,50. — Ulm: Weizen 10,20—10,40, Roggen 8,20—8,30, Gerste 7,60—8, Hafer 6,40—6,80, Kartoffeln 1,20—1,50. — Ulm: Weizen 10,50 bis 11,60, Dinkel 8—8,50, Roggen 8—8,80, Gerste 8—8,80, Hafer 6—6,50 M.

Butterpreise. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat bei der Kemptener Butterbörse, die bekanntlich auch in Würtemberg maßgebend ist, einen Beauftragten ernannt, der darauf hinzuwirken hat, daß weitere Preissteigerungen unterbleiben. Der Preis für Vollereibutter ab Erzeuger wurde auf 1,20 M. je Pfund bestätigt.

In Württemberg ist, wie bereits mitgeteilt, auf der Grundlagelager der gegenwärtigen Kemptener Notierung um 1,20 M. der Kleinverkaufspreis (einschl. der Gewinnspanne für Groß- und Kleinhandel, Steuer, Fracht usw. mit zusammen 30 %) für Vollereibutter auf 1,50 M., für Markenbutter auf 1,60 M. je Pfund festgesetzt worden.

Das Wetter

Da die westlichen Luftströmungen anhalten, ist für Mittwoch ab Donnerstag immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Mehl
Mühlengold, feinstes Auszugmehl Pfd. 22 1/2
Weizenmehl Schneeweiß 20 1/2
Weizenmehl 18 1/2
Roggenmehl 16 1/2

Gemüse
Salat 3
3 Meerköpfe nur 25 1/2
Gurken Stück 45 1/2
Neue Kartoffeln 3 Fund nur 29 1/2
Speise-Zwiebeln Pfund nur 12 1/2
Schnittfeste Tomaten
Blut-Dual-Orangen 3 Fund nur 50 1/2
Zitronen 10 Stück 27 1/2

Thams & Garfs

Die nächste **Mütterberatungsstunde** in Wildbad findet **Mittwoch den 31. Mai**, von 2—3 Uhr im Alten Schulhaus statt.
J. A.: Schw. Ottilie Ueber Bezirksfürsorgerin.

Turn-Berein Wildbad.
Die **Festteilnehmer** am Deutschen Turnfest in Stuttgart werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich **heute abend 8 Uhr** zu einer kurzen Besprechung in der Turnhalle einzufinden.
Der Vorstand.

Nie wiederkehrende Verdienstmöglichkeit ist ehrlichen strebsamen Personen jeden Standes (auch Frauen) geboten. nachweisbaren Wochenverdienst 30—50 Mark. Erforderliches Barkapital 150—300 Mark. Erlangebote unter K. 123 an die Tagblattgeschäftsstelle.

Eine **kleine Anzeige** ist besser **als keine**

Sommerprossen
werden unter Garantie durch **Venus** Stärke 8 besorgt.
Gegen Pickel, Milse, Säure

Eberhard-Drogerie